



## Bezahlung der Arbeitskraft reicht häufig nicht zum Le- bensunterhalt

Heinz Gess

Zitation: Gess, Heinz (2013): *Bezahlung der Arbeitskraft reicht häufig nicht zum Lebensunterhalt*, in: *Kritiknetz - Zeitschrift für kritische Theorie der Gesellschaft*

© 2013 bei [www.kritiknetz.de](http://www.kritiknetz.de), Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

*„Die Erhöhung des Arbeitspreises bleibt eingebannt in Grenzen, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems nicht nur unangetastet lassen, sondern auch seine Produktion auf wachsender Stufenleiter sichern. Das in ein Naturgesetz mystifizierte Gesetz der kapitalistischen Akkumulation drückt also nur aus, dass ihre Natur jede solche Abnahme im Exploitationsgrad der Arbeit (...) ausschließt, welche die stetige Reproduktion des Kapitalverhältnisses und seine Reproduktion auf wachsender Stufenleiter ernsthaft gefährden könnte. Es kann nicht anders sein in einer Produktionsweise, worin der Arbeiter für die Verwertungsbedürfnisse vorhandener Werte da ist, statt umgekehrt der gegenständliche Reichtum für die Entwicklungsbedürfnisse des Arbeiters da ist. Wie der Mensch in der Religion vom Machwerk seines eigenen Kopfes, so wird er in der kapitalistischen Produktion vom Machwerk seiner eigenen Hand beherrscht.“ (Marx, *Das Kapital* Bd. 1, MEW 23, S. 649)*

Die Kanzlerin der „marktkonformen Demokratie“ trumpfte auf ihrer Sommer-Pressekonferenz im Juli auf: "Diese Bundesregierung ist die erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung". Den Erfolg machte sie fest an der Erwerbstätigkeit, die auf einem Rekordstand sei. Die Arbeitsmarktzahlen sprechen scheinbar für die gelungene Reduktion der Arbeitslosigkeit. Denn lag die Zahl der Erwerbstätigen vor der Verabschiedung der Agenda 2010 (2003) bei 39,3 Milli-

onen (Frühjahr 2002), so liegt sie heute bei 41,8 Millionen. Auf den ersten Blick sieht es also so aus, als sei die Agenda 2010 ein wirksames politisches Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewesen, habe also dem auf Arbeit angewiesenen Nichteigentümern geholfen und als habe die marktkonform herrschende Kanzlerin mithin völlig Recht, wenn sie dieses Mittel nun auch den südeuropäischen Regierungen empfiehlt, um die extrem hohe Arbeitslosigkeit unter den

dortigen eigentumslosen Arbeitkräften zu bekämpfen. Doch der Schein trügt: Geholfen wurde nicht der auf ihre Arbeitskraft angewiesenen Klasse des Nichteigentums, sondern geholfen wurde durch die Agenda umgekehrt denen, die Kapitalvermögen und Bodeneigentum besitzen, indem der Preis der "Ware" Arbeitskraft durch vielerlei Maßnahmen (Leiharbeit, Minijobs, Teilzeitarbeit, Niedriglohn für Hartz-IV Aufstocker) gesenkt wurde. Hartz-IV erhöhte m. a. W. die Rendite auf das in der Produktion des Kapitals eingesetzte variable Kapital (Arbeitskraft). Das und nur das führte zu Einstellungen und zur Reduktion der offiziellen Arbeitslosenzahlen. Die Kosten dafür hatte freilich ganz die ungeheuere Mehrheit derjenigen zu tragen, die kein gesellschaftlich relevantes Eigentum haben. Freilich auch hier wieder nicht alle im gleichen Maß. Denn die so genannte Stammbelagschaft unter den Lohnarbeitern blieb weitgehend ungeschoren. Alle anderen aber mussten ihre Arbeitskraft zu einem Preis verkaufen, der zum Teil den Lebensunterhalt nicht einmal mehr sicherte oder Arbeitsbedingungen als Leiharbeiter hinnehmen, die sie von arbeitenden Bürgern neu wieder zu Lohnsklaven machten. Nichts war für sie mehr geblieben von den Verhältnissen vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, als die stählerne Kette, die die eigentumslosen Arbeiter an das Kapital schmiedet, noch als eine goldene und nur lose gespannte erschien. So erklärt Arbeitsagentur-Präsident Weise den Jobzuwachs auf Nachfrage wie folgt: "Die Zuwächse in der Beschäftigung haben wir bei Befristungen, in Teilzeit-, Minijobs und Zeitarbeit". Und noch eine Zahl ist von Belang: Während das Arbeitsvolumen zwischen 2002 und 2012 um 2,7 % gewachsen ist, ist das Arbeitsvolumen pro Kopf um 3,1 % geschrumpft. Die vorhandene Arbeit reicht jetzt für mehr Leute, verbunden allerdings mit starken Lohninbußen und zeitlicher Befristung für die neuen Stellen. Da arbeiten Leiharbeiter für 2/3 dessen, was ein

Stammarbeiter für die gleiche Arbeit bekommt oder ein Minijobber für drei Euro pro Stunde. Subventioniert werden diese Jobs, von denen keiner leben kann, vom Staat: "Die Zahl der Beschäftigten, deren Lohn unter dem Hartz-IV-Niveau liegt, pendelt seit Jahren um die 1,3 Millionen, davon sind 300000 Vollzeitstellen." (Roland Kirbach, in DIE ZEIT, No.33, S.15) Ohne die Unterstützung durch den Staat existierten diese Stellen wahrscheinlich nicht. Vor allem in kleineren Betrieben werden häufig reguläre Arbeitsplätze gestrichen und durch die kostengünstigeren Teilzeitarbeitsplätze oder Minijobs ersetzt.

Den Profit daraus zieht die Eigentümerklasse. Denn nie zuvor seit Jahrzehnten sind die Einkommen aus Vermögen so stark gestiegen wie in der Akkumulationsphase nach der Hartz-Reform, indes der durchschnittliche Wert der Arbeitskraft in Form des Reallohnes im gleichen Zeitraum deutlich gesunken ist, wie die im Folgenden veröffentlichte Studie zeigt. Gewonnen hat durch die Reform indes auch der Staat, dessen Ausgaben für den Sozialstaat durch die Hartz-Reformen und viele andere weniger stark beachtete Reformen (darunter die Rentenreform) ebenfalls allein zu Lasten der arbeitenden Nicht-Eigentümer gesenkt wurde, während das Vermögen zugleich entlastet wurde. Verloren hat allein die Klasse der Nichteigentümer, deren Arbeitskraft an Wert verloren hat und die dem Kapital gegenüber in einer sehr viel ohnmächtigeren und prekäreren Lage ist als je zuvor in der Geschichte der BRD.

Angesichts dessen ist dem Selbstlob der Kanzlerin deutlich zu widersprechen und zu differenzieren. Denn es ist einerseits wahr, andererseits auch ganz falsch. Wahr ist es insofern, als diese Regierung in der Tat die erfolgreichste seit der Wiedervereinigung, vielleicht sogar seit Bestehen der Bundesrepublik ist, wenn der Maßstab für den Erfolg die Profite/Renditen des Kapitals/Eigentums

sind. Sie ist so kapital (markt-)konform wie keine Regierung vor ihr es je war. Andererseits ist sie zugleich auch die erfolgloseste Regierung seit Jahrzehnten, wenn Maßstab für den Erfolg das Wohlergehen der riesengroßen Mehrheit der Nichteigentümer ist, ihre Lage und Partizipationschancen im Verhältnis zum übermächtigen Kapital.

Die im Juli (2013) vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vorgelegte Studie bestätigt durch ihre empirischen Ergebnisse diese meine Feststellung vollauf. Dabei sind hier in ihr nur die kurzfristigen Folgen der Arbeitsmarktreformen von den beiden neoliberalen Regierungen (Schröder/Fischer und Merkel/Westerwelle) erhoben. Das viel schlimmere Ende kommt aber noch, wenn sich in etwa zwanzig Jahren die verheerenden Folgen der Rentenreform zeigen. Für einen Großteil der Rentner wird dann die Rente nämlich nicht mehr zu Leben reichen. Alles zum Wohle des Kapitals und damit Merkel heute die Propaganda von der „erfolgreichsten Regierung“ machen kann.

Einige Ergebnisse der Studie in Kürze:

- Inzwischen arbeitet in Deutschland jeder Vierte im Niedriglohnsektor, d.h. er bezieht weniger als 9,54 Euro brutto pro Stunde. Damit hat Deutschland hinter Litauen den zweitgrößten Niedriglohnsektor in Europa.
- Mehr als anderswo in der EU wächst in Deutschland der Anteil derer, die trotz regelmäßiger Lohnarbeit auf Transferleistungen wie Hartz-IV angewiesen sind. Der Eindruck drängt sich auf, dass die Gewerkschaften in Deutschland nicht in der Lage oder nicht willens sind, für ihre Mitglieder Löhne durchzusetzen, die ihren Lebensunterhalt decken.
- "Länderübergreifend sind Frauen, Jüngere, Geringqualifizierte, Ausländer, befristet Be-

schäftigte und Arbeitnehmer in Kleinbetrieben unter den Geringverdienern überrepräsentiert. Die Niedriglohnquoten von Frauen und Teilzeitbeschäftigten sind in Deutschland besonders hoch. Zu den Geringverdienern zählen nicht nur Geringqualifizierte: Mehr als 80 Prozent der Geringverdiener in Deutschland haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Wie viele von ihnen auch entsprechend ihrem Ausbildungsabschluss eingesetzt sind, geht aus den der Studie zugrunde liegenden Daten allerdings nicht hervor." (Presseerklärung des IAB (25.07.2013)

- Zunehmend mehr sind es auch junge Männer unter 40, die einen Teilzeitjob annehmen, weil sie im regulären Arbeitsmarkt keine Vollzeitstelle finden wie der Arbeitsmarktforscher Karl Brenne vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) herausgefunden hat. Aus dem Niedriglohnsektor zu entkommen, gelingt nur wenigen. Nur jeder siebte Minijobber schafft den Sprung auf eine sozialversicherungspflichtige Stelle im ersten Arbeitsmarkt. Auch wenn Geringverdiener deutlich länger arbeiten als es das Arbeitsschutzgesetz erlaubt, bleiben sie häufig im Niedriglohnsektor kleben. Ständig lauert die Gefahr des sozialen Abstiegs."

- "Dass die Lohnungleichheit unter Voll- und Teilzeitbeschäftigten in Deutschland mittlerweile weiter fortgeschritten ist als in fast allen anderen Ländern der Europäischen Union – und weiter als in allen westlichen EU-Ländern –, stellt eine neue Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik dar. Nachdem die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarkts gesteigert werden konnte, geht es künftig auch darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die materielle Teilhabe an den Erfolgen der Strukturreform auf eine breitere Basis gestellt werden kann." (Thomas Rhein vom IAB)

Die IAB-Studie steht im Internet unter <http://doku.iab.de/kurzber/2013/kb1513.pdf>



## **Literaturverzeichnis**

[Literatur]